



# aus Wiesbaden

Nr. 37 – April 2013

*Liebe Genossinnen und Genossen,  
der Ton ist rüde geworden in Wiesbaden. Offensichtlich haben die  
Regierungsparteien doch größere Ängste vor dem Wahltermin als sie sich  
gerne anmerken lassen würden. Da erklärt FDP-Minister Rentsch einer SPD-  
Abgeordneten, der Landtag sei kein Therapiezentrum und die CDU mutmaßt in  
einer Pressemitteilung, ich setze die Bildungspolitik von Margot Honecker fort.  
Da wird der Verlust von Arbeitsplätzen bei der Frankfurter Rundschau direkt  
der unsozialen Politik der SPD- Medienholding DDVD zugerechnet– um  
sozialdemokratisches Engagement für Arbeit und Gerechtigkeit zu  
diskreditieren, ist jedes Mittel recht. Dies gilt auch, wenn CDU und FDP die  
Berichterstattung der FR immer ein Dorn im Auge war. Bis zum 22.9. wird die  
Koalition in Wiesbaden das tun, was sie am besten kann: Politik ohne  
Substanz und Aussagen ohne Wahrheitsgehalt  
Eure*

*Heike Habermann*

## **Das Kinderförderungsverhinderungsgesetz**

Größere Gruppen, weniger ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher, kürzere  
Betreuungszeiten und fehlende Förderung von Kindern mit Behinderungen –  
unter dem Strich werden die Regelungen des so genannten KiFög die  
Betreuungs- und Bildungsqualität der Kindertagesstätten absenken. Seine  
Existenz verdankt es ohnehin der Landesregierung vom  
wurde, den Kommunen die die vom Land verordneten  
erstatten. Mit dem Gesetz soll an die Kommunen fließen, ein  
befürchtete Sinken der Standards gleich wieder eingespart  
werden. Wenn die Förderung an die Anzahl der Kinder in der Gruppe  
gebunden wird, wird es wieder viele Kindergruppen mit 25 Kindern geben.  
Wenn zukünftig bis zu 20 Prozent des Personals einer Kindereinrichtung  
keine Erzieherausbildung haben muss, wird das Berufsbild abgewertet und  
die Qualität sinkt. Das KiFög wird hoffentlich nach der Wahl dort abgelegt,  
wo es keinen Schaden anrichten kann: im Papierkorb.



## Unfähigkeit schützt vor Strafe nicht

Was war die Stilllegung des Kernkraftwerks Biblis durch die Hessische Umweltministerin Puttrich – ein GAU (Größter anzunehmender Unfall), der das Land wahrscheinlich 180 Millionen Euro kosten wird. RWE hat gegen die Stilllegungsverfügung geklagt und gewonnen – weil Frau Puttrich vergessen hat, den Energiekonzern vorher anzuhören. Da die Hessische CDU immer behauptet hat, Biblis sei sicher, fehlt dem eine schlüssige Begründung für das Abschalten ohne vorherige Prüfung der Sicherheitsstandards. Wieder einmal wollte diese Landesregierung Handlungsfähigkeit vorgaukeln und ist kläglich gescheitert. Umweltministerin Puttrich ist nur eine Akteurin in der Laienspielgruppe Landesregierung.



## Flucht vor G8

Um dem Thema die Wahlkampfwirkung zu nehmen, proklamierte Ministerpräsident Bouffier die so genannte Wahlfreiheit zwischen der verkürzten Gymnasialzeit (G8) und dem 13jährigen Weg zum Abitur (G9). Doch die Eltern dürfen weiterhin nicht wählen. Obwohl viele Umfragen in Grundschulen und bei hessenweiten Befragungen zeigen, dass mehr als 90 Prozent der Eltern für ihre Kinder weniger Stress und Überforderung in G9 wünschen, entscheiden allein die Gymnasien, welchen Weg ihre Schüler und Schülerinnen gehen müssen. Doch auch in den Schulen ist die Abkehr von G8 deutlich. Von 108 Gymnasien kehren 39 bereits zum kommenden Schuljahr zur längeren Lernzeit zurück. Darüber hinaus werden weitere 26 kooperative Gesamtschulen zukünftig G9 anbieten. Offenbachs Gymnasien haben zunächst abgewartet, aber zum nächsten Jahr sollte ein Wechsel kommen. Denn G8 war, ist und bleibt Murks – zu Lasten der Kinder.

## Regierung auf Selbsterfahrungstrip

Nach den Bildungswochen folgten die Energiewochen. Hessens Regierung inszenierte eine Sportwoche, wo man von Bouffier bis Rhein Hessische Regierungsmitglieder tischtennisspielend präsentierte oder sich in irgendeiner Sportart sportlich in Szene setzend. Und wir hatten Wirtschaftswochen – nein, die dienten nicht einer besseren Kneipenkultur in Hessen. Sie waren geprägt durch durchaus gewichtige wirtschaftsfördernde Ereignisse. Zum Beispiel testete der Umweltstaatssekretär Mark Weinmeister die Funktionsweise einer Schneefräse und lud dazu die Presse ins Fuldaer Land nach Neuhof. Dass der Einsatz der Schneefräse in diesem März unverzichtbar war, haben wir inzwischen alle bemerkt. Ob der Umweltstaatssekretär dazu ihre



Funktionsweise vorher prüfen musste, lässt sich wohl nur mit dem Datum 22. September erklären, meint Eure

*Heiko Heilmann*